

Arbeiter-Zeitung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 7. Oktober 1930

Nummer 234

Der Proteststurm gegen Brüning-Koalition

SPD-Funktionäre Falkensteins fordern Ablehnung jeder Koalitionspolitik / „Unsere Parteioffiziere haben Verbindung mit uns verloren“ / SPD-Arbeiter, zieht die Konsequenzen! Sinein in die rote Klassenfront!

Dresden, den 7. Oktober.

Hierbei bricht die Empörung der SPD-Arbeiter über den Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aus. Selbst aus den von den Redaktionen der SPD-Zeitungen strifften Besichten über Mitglieder- und Funktionärstätigkeiten der SPD ist die wachsende Proteststimmung der Mitgliedschaft nicht mehr zu verbannen. Die sozialdemokratische „Volkszeitung“ für das Vogtland“ berichtet in ihrer gestrigen Ausgabe über eine Unterbezirkskonferenz, die am Sonntag in Falkenstein im Vogtland tagte. In Falkenstein sind wir die stärkste Partei. Der 14. September brachte uns in diesen Gebieten einen ungeheuren Zuwachs. Wie muß nach dem Beschluß der SPD-Reichstagsfraktion in diesem Bezirk die wahre Stimmung der SPD-Arbeiter sein, wenn ausgerechnet der sächsische Landtagsabgeordnete Müller sich zu solchen Ausführungen verleiten lassen mußte:

„Die neuen Maßnahmen, das neue Regierungsprogramm der Brüning-Regierung sind die gravierendste Mißachtung der Existenzberechtigung der arbeitenden Masse. Wir müssen Schluss mit der sogenannten Staatspolitik machen. Sollen wir denn einen Staat führen, der so die Lebensinteressen der Arbeiter mit Füßen tritt, wie es augenblicklich geschieht? Wir haben heute eine Klassenregierung im schlimmsten Art, eine Klassenregierung, schlimmer und reaktionärer als die absolutistischen Regierungen des wilhelminischen Systems. . . und der Gedanke, daß wir jene ungeheuerlichen Maßnahmen sanktionieren (anerkennen, D. Red.), um den Regierfluß auf die Regierung abzuwehren, ist einfach absurd. Wir müssen fragen: Was haben wir mit dieser Art Politik überhaupt aufgezogen? Wenn wir das Schlimmste aushalten wollen, wenn wir letztendes wieder siegreich vorstehen wollen, dann können wir das nur tun, indem wir jede Zuschüßlung mit dieser Gesellschaft ablehnen.“

„In der Diskussion“, schreibt das Vogtländer SPD-Blatt, „kam die tiefe Unzufriedenheit der Funktionäre mit dem neuen Beschluß der Reichstagsfraktion zum Ausdruck.“

„Wir haben das Gefühl“, sagte einer der Funktionäre aus den Waldhörtern, „daß unsere Parteioffiziere mit uns Parteien im nördlichen Sachsen die Verbindung verloren haben.“

In einer Entschließung wird von der Reichstagsfraktion die Ablehnung jeder Koalitionspolitik gefordert. „Ganz besonders aber muß die Forderung und Unterstützung der Brüning-Regierung für die Partei verhängnisvoll wirken.“

Die „linken“ Führer im Sachsen verstehen die Rechnungsträger und den Mitgliederbeitrag. Dieser selbe Referent und Abgeordnete Müller, der so radikal sprach, wird weiterhin die Sozialdemokratische Partei als die „einzige wahre Arbeiterpartei“ bezeichnen und den empörten SPD-Arbeitern erklären, daß jede organisatorische Maßnahme, jede Loslösung von der

SPD „gegen die Interessen des Proletariats“ verstößt. Die SPD-Arbeiter müssen endlich erkennen, daß jeder Kampf gegen Faschismus und Brüning-Diktatur mit der Zugehörigkeit zu ihrer Partei unvereinbar ist, daß die Politik ihrer Führer dem Faschismus den Weg bereitet und das Proletariat als Klasse an seine grausamsten Feinde ausliefert.

Allen kommunistischen Arbeitern sollten die jetzigen Vorgänge in der SPD eine ernsthafte und eindringliche Mahnung sein, ihre Bemühungen um die Bildung der proletarischen Einheitsfront zu verstärken, im Kampfe gegen Faschismus und Brüning-Diktatur, gegen Steuer- und Lohnraub das Klassenbündnis mit den parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern herzustellen.

Gefährlich auf Gegenseitigkeit

SPD im Reiche für Brüning — Brüning in Preußen für SPD

Berlin, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Zusage der SPD-Führer, die Brüningdiktatur zu tolerieren, gab SPD-Frau Braun Veranlassung, in bezug auf die Anträge zur Auflösung des Preussischen Landtags zu äußern, daß eine solche Auflösung nicht in Frage komme. Das Zentrum habe SPD-Frau bestimmte Zusagen nach dieser Seite hin gemacht, so daß eine Mehrheit für die Auflösungsanträge im Landtag nicht vorhanden ist.

So antwortet Severing den empörten SPD-Arbeitern:

Karabiner her zur Verteidigung des Brüning-Kurses!

Severing heßt die Polizei zum Schießen auf — „Polizeiknüppel und härtere Waffen müssen im Winter gebraucht werden“

Krefeld, den 7. Oktober.

Auf dem Niederrheinischen Polizeitag, der hier stattfand, nahm Severing (Ehrenvorsitzender der Vereinigung polizeiwissenschaftlicher Fortbildung) das Wort. Er solidarisierete sich namens der SPD voll und ganz mit dem Willibrordensaus-Programm, das die Brüning-Regierung aufgestellt hat:

„Es kommt jetzt darauf an, daß sich alle Interessen der Personen, die im Staatsdienst stehen, darauf erstrecken, unsere

Herr Edel, wer hat die Arbeiter angelogen?

8 Tage vor der Reichstagswahl stimmten die Vertreter der sozialdemokratischen Preußenregierung im Reichsrat den Diktaturverordnungen Brünings zu. Wir registrierten in der Arbeiterstimme diese Tatsache und folgerten daraus, daß nach der Wahl die sozialdemokratische Reichstagsfraktion denselben Weg der Unterstützung Brünings beschreiten werde wie ihr Parteigenosse Braun in Preußen. Die Dresdner Volkszeitung, das Blatt des Herrn Edel, antwortete darauf:

„Die Erzählung der Kommunisten ist ein aus schmutzigen Fingern gesogener Schwindel, der jeder Grundlage entbehrt. . . Es handelt sich nach diesen Feststellungen also um eine absichtliche und bewußte verleumderische Unwahrheit, die von kommunistischer Seite gegen die Sozialdemokratie verbreitet wird. Das kann jedem Kommunisten öffentlich ins Gesicht gesagt werden, der diesen infamen Schwindel mitmacht.“

Die Wahlen sind vorüber, die Masken der sozialdemokratischen Wahlbetrüger fallen gelassen. Der Beschluß der SPD-Reichstagsfraktion bedeutet die bedingungslose Unterstützung Brünings. Wer hat die Arbeiter angelogen? Wer hat „aus schmutzigen Fingern gesogene verleumderische Unwahrheiten“ verbreitet? Sie, Herr Edel, und Ihre Wahlredner und Ihre Presse! Wollen die SPD-Arbeiter sich noch einmal belügen lassen?

Finanzen in Ordnung zu bringen. Das Reformprogramm der Reichsregierung ist nicht nur als Willensfundegebung dieser Regierung zu werten, sondern auch als ein Forderungsgegenüber dem Ausland. Ich bin der Meinung, daß, wenn alle Volkswirtschaften im Interesse des Staates ganzen Opfer bringen müssen, dies auch alle Beamten gern tun werden. Weil das Regierungsprogramm nicht nur innerpolitische, sondern auch außenpolitische Bedeutung hat, will ich auf das, was ich in ihm an Schwächen finde, nicht länger eingehen.“

Einverständnis also mit dem Gehaltsraub! Einverständnis also mit dem von der Regierung ausdrücklich angekündigten Lohnraub in der Privatindustrie! Einverständnis also mit der Erhöhung der Tabaksteuer, der Streichung der Reichszuschüsse an die Arbeitslosenversicherung und der Beitragserhöhung.

Aber weil das Volk das nicht mitmachen will weil die Bourgeoisie sieht, daß in diesem Winter sich die schaffenden Massen gegen das mahnwichtige Ausbeuterregiment erheben werden, erklärt Herr Severing wortwörtlich weiter:

„Während würde es sein, wenn im kommenden Winter die Entbehrungen weitere Volkswirtschaften sie zu dem Jerglauben verleiten, sie könnten mit Strafenkampft, mit Lebensmittelmangel die Lage Deutschlands bessern. Da muß auf die wichtige Aufgabe hingewiesen werden, die der Polizei im nächsten Winter wieder entgegensteht und die sie mit festem Blut, lähmem Mut, mit großer Entschlossenheit und ganzem Opferwillen erfüllen muß.“

„Es ist selbstverständlich, daß jeder Beamter seine Pflicht tut, und wenn es auch eine harte Pflicht ist. Je mehr Sie diese Gedanken angeht zu eigen machen, je mehr Sie von den Erfordernissen unseres Wirtschaftslebens (lies: des Kapitalismus, D. Red.) durchdrungen werden, um so bessere Verteidiger der Staatsautorität sind Sie, auch wenn Sie dazu gezwungen sein sollten, unruhige Volkshäufen in Schach zu halten. Polizeiknüppel und härtere Waffen dürfen in diesem Winter nicht aus dem Dienst gestrichelt werden.“

Das ist der Appell zum Mord! Das ist die offene Aufforderung zur Wiederholung der von den Südschleif-

Sozialdemokratisches Vertrauensvotum für das Schied-Kabinett?

Zur heutigen Landtagsitzung — Ministerpräsidentenwahl und Antrag auf Landtagsauflösung auf der Tagesordnung

Dresden, 7. Oktober.

Auf der heutigen Tagesordnung der Landtagsitzung stehen die Punkte Ministerpräsidentenwahl und Landtagsauflösung. Eine Ministerpräsidentenwahl wird abermals an den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen scheitern. Ob es zur Landtagsauflösung kommt, hängt einzig von dem Verhalten der SPD ab. Dazu schreibt die „Leipziger Volkszeitung“ von gestern:

„Höchst unwahrscheinlich ist auch die Auflösung des Landtages, für die sich kaum eine Mehrheit findet. Was aber soll dann werden? Daß eine Regierungsbildung unter Teilnahme der Sozialdemokratie möglich wäre, ist nicht anzunehmen. So bleibt also nichts anderes übrig, als das Weiterbestehen der geschäftsführenden Regierung. Das ist vom Standpunkt des Parlamentarismus in jeder Beziehung gewiß ein höchst unperfekter Zustand. Aber die geschäftsführende Regierung ist in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung trotz schwerster Bedenken noch immer das am wenigsten schmerzliche Übel gegenüber einem Regier-

Noch vor wenigen Tagen hat dieselbe sächsische SPD-Prese ihrer Reichstagsfraktion den Vorwurf gemacht, daß die „Politik des kleinsten Übels“ dem Faschismus den Weg bereitet. Jetzt besteht sie für die sächsische Politik dieselbe Plattform. Dabei wird das Schied-Kabinett von denselben Parteien getragen, die sich mit der Bildung eines Kabinetts einverstanden erklärt haben und sogar Einseitiger deselben waren. Es ist dasselbe Kabinett, das auf dem Verordnungswege ohne Verstoß des Landtags Brüning's Diktatur-Verordnungen in Sachsen eingeführt hat. Es ist die Regierung, die die Arbeitsbeschaffung für Sachsen sabotiert. Es ist ein erzkonservatives Kabinett. Ihm gegenüber erklären sich die „linken“ SPD-Führer zur weiteren Unterstützung bereit.

Statt den kommunistischen Auflösungsantrag zu unterstützen, den Wahlkampf zur außerparlamentarischen Mobilisation des sächsischen Proletariats gegen den Faschismus auszunutzen, erklärt sie sich als Hüter der Bürgerblut-Regierung und ihres Landtages. Ihre Stellung unterscheidet sich in nichts von derjenigen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber dem Brüning-Kabinett.